

Indonesien hat gewählt

In den ersten direkten Präsidentschaftswahlen in Indonesien haben die über 110 Millionen Wähler am 20. September 2004 in einer Stichwahl ihren neuen Präsidenten bestimmt. Wie auch schon Prognosen im Juni vor der Wahl ergaben, hatte Susilo Bambang Yudhoyono, der für die neue Demokratische Partei (PD) kandidierte, einen großen Vorsprung gegenüber der ehemaligen Amtsinhaberin Megawati Sukarnoputri. Bei der Stichwahl stimmten über 60 Prozent der Wähler für den ehemaligen Sicherheitsminister und pensionierten General, der auch als SBY bekannt ist.

Yudhoyono war zusammen mit Vizepräsidentschaftskandidat Jusuf Kalla angetreten, ein bekannter Geschäftsmann und Mitglied der Golkar Partei. Yudhoyonos Erfolg beruht sicherlich teilweise auf seinen TV-Auftritten, in denen er sich souverän und charismatisch

präsentierte, und damit den potentiellen Wählern den Eindruck vermittelte, er könne die Probleme des Landes effektiver lösen als seine Vorgängerin. In seiner Zeit als Sicherheitsminister war Yudhoyono vor allem dafür bekannt, strikt gegen Terroristen vorzugehen. In seiner Inaugurationsrede am 20. Oktober 2004 lobte Präsident Yudhoyono den friedlichen Ablauf der Wahlen und des Machtwechsels, die er als vorbildlich einstufte. Besonders bezog er sich auf den Wert der Einheit, den Sukarno, der erste indonesische Präsident, bereits hervorgehoben hatte. Die vielfältigen Probleme Indonesiens, unter anderem Arbeitslosigkeit, Korruption, Separatismus, Armut und steigende Preise, so Yudhoyono, werde seine Administration in Angriff nehmen.

In seiner Rede bezog er das Volk sehr stark mit ein, indem er betonte, er sei nicht nur Präsident der Republik Indo-

nesien, sondern auch der Präsident aller Indonesier. Er versuchte zudem, seine eigene Person auf die gleiche Stufe mit dem Volk zu stellen, indem er erklärte, er sei auch nur ein gewöhnlicher Bürger einer gewöhnlichen Familie. Zugleich stellte er klar, er werde seine gesamte Zeit und Energie darauf verwenden, jede einzelne indonesische Seele zu beschützen. Obwohl Yudhoyono einräumte, es sei nicht zu erwarten, dass er die Probleme Indonesiens innerhalb der ersten 100 Tage seiner Amtszeit lösen könne, wird er trotzdem nach Ablauf dieser Frist zum ersten Mal offiziell an seinen bis dahin erbrachten Erfolgen gemessen werden.

vgl. *The Jakarta Post*, 28.9.,
21.10.2004

Wahlkommission zu Bußgeld verurteilt

Die Wahlkommission KPU wurde vom Bezirksgericht Zentraljakarta zu einem Bußgeld von 110,49 Millionen US-Dollar verurteilt. Diese Summe müsse an die Kläger bezahlt werden, etwa 30 Millionen Indonesier, die gemäß der Anklage bei den Parlamentswahlen vom 5. April 2004 nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten, da sie nicht registriert worden waren. Ein aus 34 Rechtsanwälten bestehendes Team hatte am 13. April im Namen von sechs Personen, die sechs Regionen im gesamten Land repräsentieren, eine Sammelklage gegen die KPU eingereicht. Lilik Mulyadi, der den Vorsitz führende Richter, begründete das Urteil damit, es sei erwiesen, dass die KPU ihre Aufgabe nicht erfüllt habe, die 30 Millionen Wahlberechtigten zu registrieren. Er berief sich auf Artikel 53 des Geset-

zes No. 12/2003 zu den Parlamentswahlen, in dem festgelegt ist, dass die KPU für den Prozess der Wählerregistrierung verantwortlich ist. »Dem Kläger ist es gelungen zu beweisen, dass es sich um einen Verstoß gegen das Gesetz handelt, wenn dem Volk das Wahlrecht verwehrt wird«, so Lilik Mulyadi. Mehr als die Hälfte der Geldbuße soll an die Opfer bezahlt werden, während der Rest zum Ausgleich materieller Verluste zu verwenden ist. Das Gericht beschloss die Einrichtung eines Komitees, das gewährleisten soll, dass die tatsächlich betroffenen Personen ihr Geld erhalten. Ramlan Surbakti, der Vizevorsitzende der KPU, erklärte, sein Büro werde Berufung einlegen, da der Fehler, die 30 Millionen Wähler nicht zu registrieren, nicht absichtlich begangen worden sei. »Die Wählerregis-

trierung war nicht nur unsere Aufgabe, sondern sie verlangte außerdem die Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir haben unser Bestes versucht und sogar das Enddatum für Registrierungen mehrmals verschoben, um mehr Menschen die Möglichkeit der Registrierung zu geben«, so Surbakti. Des Weiteren zweifelte er die hohe Anzahl der nicht registrierten Wähler an, die in der Anklage aufgestellt worden war. Er behauptete, dass gemäß der Daten der Wahlkommission über 91 Prozent der 150 Millionen Wahlberechtigten bereits registriert worden waren.

vgl. *Kompas*, 11.11.2004, *The Jakarta Post*, 12.11.2004

nachrichten

Kooperation bei Waffen- technologie

Widodo AS, Minister für Politik-, Rechts-, und Sicherheitsfragen, stimmte in einem Treffen mit Tan Jiaxuan, dem Vizepremierminister Chinas, überein, bei der Entwicklung der Waffentechnologie künftig zusammen zu arbeiten. Gemäß Widodo ist diese Kooperation sehr wichtig und muss von China und Indonesien umgesetzt werden, um Probleme wie Separatismus und Terrorismus sowie andere Sicherheitsprobleme in den beiden Ländern bekämpfen zu können. Tan bewertete das Gespräch mit dem indonesischen Minister als äußerst fruchtbar. Er fügte hinzu, das Treffen habe dem Austausch beider Länder im Hinblick auf Sicherheitsfragen gedient, und es sei eine weitere wichtige Übereinstimmung getroffen worden, die er jedoch nicht ansprechen wollte. »Wie auch immer, ich war dankbar, dass die indonesische Regierung beschlossen hat, ihre Ein-China-Politik aufrecht zu halten«, sagte er. Indonesien und China diskutierten des Weiteren die Zusammenarbeit der beiden Länder hinsichtlich der Freien Taiwan Bewegung. »Wir haben Ansichten über das taiwanische Volk ausgetauscht. Ich bin überzeugt, dass Indonesien unter der Leitung Präsident Yudhoyonos China in der Angelegenheit Taiwans unterstützen wird«, so Tan.

vgl. *Tempo*, 5.11.2004.

nachrichten

Polizei passiv bei Jagd nach Verdächtigen

Der nationale Polizeichef Da'i Bachtiar sagte, die Regionalpolizei sei bei der Jagd nach zwei mutmaßlichen Drahtziehern von Bombenattentaten, Dr. Azahari und Noor Din M. Top, meist passiv geblieben. Viele der Polizisten, so Bachtiar, warteten lieber in ihrem Büro auf Berichte aus dem Volk als im Feld zu arbeiten. Gemäß des Polizeichefs deutete die Beschwerde der Polizei über die langsame Reaktion der Öffentlichkeit, Hinweise zu den beiden mutmaßlichen Tätern zu geben, tatsächlich darauf hin, dass die Polizei noch weit weniger Bemühungen unternommen habe, die beiden Männer dingfest zu machen. Bachtiar meinte, Präsident Yudhoyonos Befehl, die Verdächtigen noch während der ersten 100 Tage seiner Amtszeit zu inhaftieren, könne nur befolgt werden, wenn die Polizei deutlich aktiver werde. Der Polizeichef versprach, er werde Autos und Motorräder zur Verfügung stellen, um die Mobilität der Polizei zu verbessern. Er werde außerdem alle Polizeichefs auffordern, ihre Polizeibüros in ihrer Region zu mobilisieren. Die langsame Vorgehensweise der Polizei habe sich bei der Detonation in Cicurug, Sukabumi, West Java am 15. Oktober 2004 gezeigt. Wenn die Polizei sich nicht nur auf Berichte der Öffentlichkeit verlassen hätte, wären die verantwortlichen Personen, die mutmaßliche Mitglieder des Netzwerks von Dr. Azahari sind, vielleicht schon inhaftiert worden, so Bachtiar.

vgl. Tempo, 2.11.2004

Präsident möchte keine Zivilopfer in Papua

In seinen Instruktionen an Widodo AS, Minister für Politik-, Rechts-, und Sicherheitsfragen, hat Präsident Susilo Bambang Yudhoyono das Militär aufgefordert, bei der Durchführung der Militäroperation in der Region Puncak Jaya in Papua zur Wiederherstellung der Sicherheit jegliche Zivilopfer zu vermeiden. Der Präsident forderte außerdem, dass die Operation angemessen und vorsichtig durchgeführt werden solle. »Lasst die lokalen Bewohner keine negativen Folgen von der Operation davontragen«, sagte Barnabas Suebu, der ehemalige Gouverneur Irian Jayas und zitierte damit die Instruktionen des Präsidenten in Jakarta am 4. November. Am 12. Oktober waren sechs Fahrer, die für gewöhnlich auf der Wamena Mulia Strecke in Puncak Jaya arbeiteten, von

einer nicht identifizierten bewaffneten Gruppe erschossen worden. Das indonesische Militär (TNI) hat die Bewegung Freies Aceh (OPM) beschuldigt, diesen Vorfall geplant zu haben. Gemäß Suebu wird es schwierig sein, die Sicherheitsoperation durchzuführen, da der Vorfall in einer einsamen Gegend stattfand. Suebu forderte die TNI auf, bei der Unterscheidung zwischen OPM Mitgliedern und Zivilisten vorsichtig zu sein. Die OPM und die TNI haben bereits häufig Operationen durchgeführt, die für die Zivilisten in der Provinz mit einem Trauma endeten. »Wenn Zivilisten die Gegend verlassen und dann später wiederkommen, werden sie häufig als OPM Mitglieder angesehen. Aber diese Zivilisten werden auch oft beschuldigt, der TNI bei der Bekämpfung

der OPM geholfen zu haben. Also sind die Zivilisten immer in einem Dilemma«, so Suebu. Um die Sicherheitsprobleme zu lösen, schlug Suebu der Regierung vor, lokale Personen oder Institutionen mit einzubeziehen. Diese würden von der lokalen Bevölkerung sehr respektiert. Auf diese Weise würde die Militäroperation nicht so eine negative Auswirkung auf die lokale Bevölkerung haben. »Also sollte die Regierung neben dem Sicherheitsansatz noch andere Lösungsmöglichkeiten in Betracht ziehen«, so Suebu.

vgl. Tempo, 5.11.2004

Kampfansage an illegale Abholzung

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat in einem Treffen mit Gouverneuren und Mitgliedern eines regionalen Rates in Kalimantan der illegalen Abholzung den Krieg erklärt. Er werde dafür sorgen, dass Bürokraten, Polizisten und Soldaten, die an dem lukrativen Geschäft mit dem Holz beteiligt seien, angemessen bestraft würden. »Die Regierung wird sich diesen Verbrechen ernsthaft widmen, die zu der rapiden Zerstörung unserer Wälder geführt haben. Holzdiebe und Schmuggler verursachen, dass die Nation große Verluste hinnehmen muss«, sagte Susilo. Der Präsident forderte Regierungsbeamte der Zentral- und der Provinzregierungen dazu auf, illegale Abholzung und Schmuggel nicht zu tolerieren, und sich nicht zu scheuen, gegen die Kriminellen vorzugehen. Er wies die Provinzregierung ebenfalls darauf hin, dafür Sorge zu tragen, dass Lizenzen zur Nutzung von Waldflächen nicht missbraucht werden. Gleichzeitig sagte Yudhoyono, er habe den Obersten Gerichtshof gebeten, ihm einen Bericht über den Stand der Fälle illegaler Abholzung auszuhändigen und die Fälle schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen.

vgl. Kompas, 11.11.2004, The Jakarta Post, 11.11.2004.

Regierung plant Einschränkung des Obstimports

Das Ministerium für Landwirtschaft arbeitet derzeit ein Dekret aus, das den Import von verschiedenen Obstsorten während der Erntezeit einschränken würde. Der geplante Schritt wird damit begründet, lokale Bauern schützen zu wollen, die durch die teilweise höherwertigen, aber vor allem auch noch billigeren ausländischen Waren bereits beträchtliche wirtschaftliche Einbußen hinnehmen mussten. Schon lange hatten sich indonesische Bauern über den massiven Früchteimport beschwert, besonders aus den USA, China, Thailand und Australien. Bauern in Batu Malang, Ost Java, konnten zum Beispiel ihre Apfelplantagen größtenteils nicht weiter bewirtschaften, da sie den Konkurrenzkampf gegen importierte Äpfel aus Übersee verloren hatten. Die Apfelproduktion in der Region war innerhalb kurzer Zeit von fünf Tonnen pro Hektar auf nur noch 1,25 Tonnen pro Hektar gesunken. Sumarno, Direktor im Ministerium für Gartenbauproduktion, sagte am 11. November, die Maßnahme solle

ebenfalls dazu dienen, die Verbreitung von Fruchtfliegen in Indonesien einzudämmen. Gemäß Sumarno existieren mindestens 30 Arten von Fruchtfliegen, die den Obstplantagen des Landes schaden könnten. Deshalb sei die Einschränkung des Imports erforderlich. »Wir sind gerade dabei, eine Regulation zu Importeinschränkungen in Form eines Ministerialdekrets auszuarbeiten. Wir erwarten, dass sie bald vom Minister unterzeichnet wird«, so Sumarno. Im geplanten Dekret will das Ministerium den Import von insgesamt 28 Obstsorten limitieren, unter anderem Avocados, Sternfrucht, Bananen, Durian, Orangen und Mangos. Sumarno erklärte, das vorgesehene Dekret werde ebenfalls eine Regelung zum hygienischen Standard von importierten Früchten enthalten. »Diese Anforderung ist wichtig, damit Indonesien nicht zu einem Abfallplatz für in anderen Ländern abgelehnte Produkte wird«, sagte Sumarno.

vgl. The Jakarta Post, 12.11.2004